

NACHT (TANZ) LEKTÜRE

Texte zum Nachtanzen
kritisch, widerständig, solidarisch



*+#!

Intro	4
Zwangsräumungen verhindern	6
//Unter Palmen	10
System Change Not Climate Change	14
SchloR	18
NachtTanzDemo	24
epicenter.works	28
Deserteurs- und Flüchtlingsberatung	32
Antifa 15	34
an.schläge	38
Alles Allen	42
All Cats Are Bastards	46

Willkommen zur vierten Runde der Nachttanzdemo! Es ist Zeit, wieder einmal auf die Straße zu gehen!

Einige von euch waren schon dabei, als wir mit Schall und Rauch durch die Innenstadt gezogen sind, um gegen alles Böse und Schlechte dieser Gesellschaft zu kämpfen. Nach einer Pause machen wir nun weiter, denn besser geworden sind die Verhältnisse nicht. Die Ärgsten aus der österreichischen Politiklandschaft haben es auf den Thron geschafft! Die faschistoiden, rassistischen, anti-feministischen Heimatbündler*innen, die aggressiven Rechtsaußen-Halunken, haben die Bühne betreten, um mit der „Marktorientiertheit“ Walzer zu tanzen. Es sind düstere Zeiten und wir sehen es als dringend notwendig an widerständig zu bleiben oder zu werden!

*„Zum großen Bösen kamen die Menschen nie mit einem Schritt, sondern mit vielen kleinen, von denen jeder zu klein schien für eine große Empörung.“
(Köhlmeier, Michael am 4. Mai 2018 - Veranstaltung im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus)*

NEIN! Wir wollen keine Verhältnisse, in denen nach unten getreten wird. Wir wollen keine schwarz-blaue Regierung, welche wichtige soziale und feministische Projekte streicht, welche von Gewaltschutz redet und bei Präventionsprojekten kürzt, sowie soziale Geldleistungen kürzt und streicht. Wir wollen keine 60-Stundenwoche und keinen 12-Stunden-Arbeitstag. Wir finden 160 auf der Autobahn und die Polizeipferdestaffel bestenfalls unnötig, genauso wie einen neuen Fuhrpark der Regierung für eine Milliarde Euro oder Maschinengewehre für die Polizei. Wir brauchen keine Grenzen zu schließen, Menschen zu konzentrieren oder Boden zu besetzen (beispielsweise in Afrika). Wir sagen NEIN zu Rückführungsabkommen, Waffenexporten und der Scheinidee von „sicheren Herkunftsländern“. Jede Abschiebung ist menschenunwürdig. Wo wirtschaftliche und soziale Verhältnisse durch die neoliberale Walze zerstört werden, gibt es kein gutes Leben. Schon gar nicht in Ländern, in denen es Reisewarnungen durch das Innenministerium aufgrund von Krieg und Konflikten gibt. Wir sind gegen Hetze. Hetze gegen Menschen, die nicht aus Österreich sind. Und das in einem Land, in dem Erntehelfer*innen aus dem Ausland ausgebeutet werden, und das Sozialsystem ohne schlecht-bezahlte Pflegekräfte aus (Ost-) Europa nicht funktionieren würde. Es geht ihnen nicht darum, an einem guten Zusammenleben zu arbeiten. Ihnen geht es um Ausgrenzung, es geht darum Hass zu schüren und daraus politisches Kapital zu schlagen. Wir sind gegen Verbotspolitik. Nein zu Essenverboten in den Öffis, Repression gegen Bierverkäufer*innen am Donaukanal, Razzien in Klubs und Kommerzialisierung von öffentlichem Raum. Wir sind gegen einen technischen Fortschritt, der Ausbeutung fort-

schreibt. Und wir sprechen uns gegen eine Politik aus, die eine Spaltung der Gesellschaft vorantreibt. Wir brauchen keinen Wirtschaftswachstum, dritte Flughafenpisten und Umweltzerstörung. Diese Politik schreibt den Klimawandel fort. Diese Politik macht ebenso Arme ärmer wie Reiche reicher. Sie haben es auf uns abgesehen, wollen uns umbringen, abschieben und unsere Existenz zerstören. Wir sind gegen die Diffamierung unserer Anliegen als „Gutmenschen“ oder „Linksextreme“ – Extrem sind die gesellschaftlichen Verhältnisse!

JA! Eine andere Welt ist nicht nur notwendig, sondern auch möglich und nötig! Eine Welt, in der Menschen sein können ohne Normen, die uns spalten. Eine Gesellschaft, in der alle Raum bekommen – unabhängig davon ob sie dis_abled sind, welche Hautfarbe oder Geschlecht/Gender sie haben oder woher sie kommen und welche Sprache(n) sie sprechen. Eine Welt, in der für alternative Lebensentwürfe, abseits von patriarchalen, heteronormativen Konzepten Platz ist. Eine Gesellschaft, die ein gutes Leben für alle möglich macht. Wir sind für weltweites bedingungsloses Grundeinkommen für alle und für eine Solidargemeinschaft, die ein gutes Leben für alle unabhängig von Leistung und Geld ermöglicht. Wir wollen in einer Gesellschaft leben, welche die Dynamik der Diversität schätzt, anstatt von stagnierender Gleichheit zu fantasieren! Menschen sollen dort sein und bleiben können, wo es ihnen passt. Für uns sind Grenzen gewaltsam gezogene Striche in der Landschaft, die über Schicksale und (Un)Möglichkeiten von Menschen bestimmen. Bleiberecht und Bewegungsfreiheit für alle! Solange es Kriege gibt, braucht es Seebrücken und sichere Fluchtrouten für alle! Das Morden durch die EU-Außenpolitik an den Grenzen und im Mittelmeer muss ein Ende haben!

Für Wohnraum und Recht auf Stadt für alle! Für gesellschaftliche Verhältnisse, in denen alle Geschlechter Platz haben!

Wir wollen nicht nur ein Stück vom Kuchen – wir wollen die ganze Bäckerei! Das heißt selbstorganisierte Arbeitsverhältnisse und Kontrolle der Produktionsmittel von allen für alle!

Unser Problem heißt Kapitalismus und Patriarchat – lässt uns die Dinge beim Namen nennen und für eine Gesellschaft wirken, die diese Verhältnisse überwindet!

Ja! Wir eignen uns den öffentlichen Raum an!

Wir feiern hier Gegenkultur! Denn eine Stadt braucht dringend ein Gegenstück zum Kommerz, zu Zuckerbrot und Peitsche bestehend aus Bespaßungspolitik von oben und Verdrängung im öffentlichen Raum.

Bei uns wird nicht der Profit gefeiert, sondern die Freiheit! Das Recht darauf, sich den Raum zu nehmen, den Mensch braucht.



ZWANGSRÄUMUNGEN VERHINDERN

<https://zwangraeumungenverhindern.noblogs.org>

SOZIALER WOHNBAU FÜR WEN?!

WIENER WOHNUNGSVERGABE ZWISCHEN KLEINFAMILIE UND LANGZEITBONUS

Der soziale Wohnbau in Wien ist weltberühmt. Doch die Vergabe dieser wichtigen städtischen Ressource scheint alles andere als „sozial“. Mit dem Schlüssel zur eigenen Gemeindebauwohnung werden nur jene belohnt, die lang genug in der Stadt gemeldet sind und konservative Familienvorstellungen erfüllen.

Aus anderen Städten wird oft sehnsüchtig nach Wien geblickt – fast ein Viertel aller Wohnungen sind kommunales Eigentum, es gibt ein vergleichsweise starkes Mietrecht und der geförderte Wohnbau wächst weiter. Hier scheint gängige Praxis, was andernorts als unrealistische Utopie abgetan wird. Doch das sozialdemokratische Wunderland hat Risse – täglich werden durchschnittlich 6 Haushalte zwangsgeräumt (und davon fast die Hälfte im Gemeindebau!), die Mieten steigen und geförderte Wohnungen sind für viele nicht zugänglich.

Was ist also die Bedeutung des sozialen Wohnbaus in Wien heute? Was hat sich in letzter Zeit verändert?

Tatsächlich lebt fast die Hälfte der Wiener Bevölkerung im sozialen Wohnbau, 42,3% um genau zu sein. Dabei gibt es zwei Varianten: um die 200.000 geförderte Wohnungen im Eigentum gemeinnütziger Bauträger und 220.000 Gemeindebauwohnungen im Eigentum der Stadt Wien. Der Bestand an sozialem Wohnbau ist somit ohne Zweifel bemerkenswert und eine wichtige Errungenschaft von sozialen und politischen Kämpfen des letzten Jahrhunderts, die auch nicht kleingeredet werden soll. Doch die reine Existenz von sozialem Wohnbau bedeutet noch lange nicht, dass auch Verteilung und Zugangsmöglichkeiten „sozial“ sind.

Während seit 2004 keine neuen Gemeindebauten mehr errichtet wurden, abgesehen vom Wahlkampfsüßerl „Gemeindebau Neu“, über welches bis jetzt mit dem Bau von 120 neuen Wohnungen begonnen wurde, findet seither sozialer Wohnungsneubau über gemeinnützige und gewerbliche Bauträger statt.

Das große Problem dabei ist der hohe Eigenmittelanteil. Meist müssen um die 500€ pro Quadratmeter bezahlt werden, um überhaupt eine Wohnung mieten zu können. Konkret bedeutet das etwa bei einer 50-m²-Wohnung einen Betrag von 25.000€. Obwohl es Kreditangebote und seit kurzem „extra-günstige“ Smart-Wohnungen gibt, bleiben Haushalte mit wenig Geld weiterhin vom Großteil des geförderten Wohnbaus systematisch ausgeschlossen. Wer also keine Unsummen aufbringen kann oder will, um überhaupt

Miete zahlen zu dürfen, versucht es bei Variante zwei, den Wohnungen, die der Stadt gehören.

Bis 2006 war der Gemeindebau nur für Menschen mit österreichischer Staatsbürger_innenschaft zugänglich, EU-Richtlinien machten dann eine Öffnung nötig. Inzwischen können sich auch Personen mit EU-Pass, Asylberechtigte und Leute mit Daueraufenthaltstitel bewerben, sofern sie mindestens zwei Jahre durchgehend an einer Wiener Adresse gemeldet waren.

Die Tendenz „Wien den Wiener_innen“ wird allerdings durch die neuen Vergaberichtlinien seit Juli 2015 wieder verstärkt und in den Zugangsregelungen festgeschrieben. Um „Gerechtigkeit und Fairness“ zu schaffen, wurde ein Bonussystem eingeführt, welches „Langzeit-Wiener_innen“ bevorzugt. Je länger Menschen also in Wien gemeldet sind, desto früher kriegen sie auch eine Gemeindewohnung. Damit wird es für neu Angekommene noch langwieriger, eine Wohnung zu bekommen, für die Zahnärztin aus Damaskus ebenso wie für den Lehrling aus St. Pölten.

Die neuen Zugangsrichtlinien bringen auch eine weitere Verschärfung mit sich. Für alle Menschen, die weder jünger als 30 Jahre sind, noch einen altersbedingten oder barrierefreien Wohnbedarf nachweisen können, ist die einzige Möglichkeit, eine Gemeindewohnung zu erhalten, der altbekannte „Überbelag“ (also mehr gemeldete Menschen als Zimmer in der bisherigen Wohnung).

Seit der Neuregelung werden allerdings nicht mehr wie bisher alle Personen in dieser Wohnung berücksichtigt, sondern nur noch die Kernfamilie. Wortwörtlich aus den Richtlinien „Mutter/Vater/Kinder, maximal drei Generationen“. Damit wird es für all jene, die nicht im klassischen Eltern-Kind(er)-Setting leben, sondern mit mehr Verwandten, Bekannten oder Freund_innen, so gut wie unmöglich, eine Gemeindewohnung zu beantragen. Denn die Voraussetzung „begründeter Wohnbedarf“ kann seither nur noch von Leuten erfüllt werden, die dem gewünschten Kleinfamilienkonzept entsprechen, allen anderen wird der Anspruch auf eine kommunale Wohnung schlichtweg entzogen.

Derartige Einriffe in die Lebensweisen der Menschen, die auf leistbare Wohnungen angewiesen sind, gibt es jedoch schon länger. Eine zentrale Bedingung für den Zugang zum Gemeindebau sind etwa „geklärte Familienverhältnisse“. Das bedeutet, dass Leute, die verheiratet oder verpartnert sind, nur gemeinsam eine Gemeindewohnung beantragen können.

Abgesehen davon, dass es grundsätzlich keine staatliche Institution irgend-etwas angeht, wie und mit wem ich lebe, kann diese paternalistische und

antifeministische Regelung etwa auch dazu führen, dass Personen in Gewaltbeziehungen, die sich aus finanziellen Gründen oder wegen anderer Abhängigkeiten nicht scheiden lassen können, zusammen in einer Wohnung leben müssen.

Der Zugang zu sozialem Wohnbau in Wien scheint also nicht nur an das Absolvieren einer bestimmten Anzahl an Probejahren in der Stadt geknüpft zu sein, um das Recht auf leistbares Wohnen überhaupt erst zu verdienen, sondern auch an die Erfüllung konservativer Familienvorstellungen. Wer dem nicht entspricht, ist auf den sich immer weiter verschärfenden privaten Wohnungsmarkt angewiesen.

Trotz alldem gibt es den sozialen Wohnbestand in Wien, und gar nicht wenig, das steht außer Frage. Obwohl dieser durch die Verschiebung von Gemeindebau hin zu geförderten Wohnbau – mit hohen Eigenmittelanteilen – zunehmend zur Mittelschichtsförderung wird und die vorhandenen Gemeindebauwohnungen bei weitem nicht ausreichen, wie die langen Wartelisten und -zeiten zeigen. Eine wichtige Forderung ist also ohne Zweifel: mehr kommunaler Wohnbau!

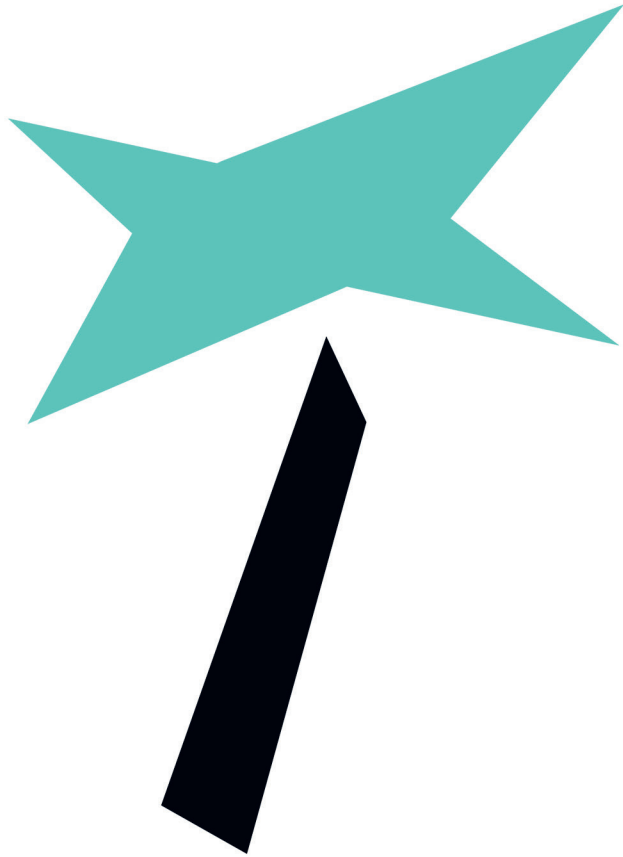
Doch bei der Anzahl der Wohnungen sollten wir dabei nicht stehen bleiben, sondern uns genau ansehen, wie diese zentrale städtische Ressource verteilt wird, welche Lebenskonzepte als Norm vorgegeben werden und wem damit der Zugang systematisch verwehrt wird.

Verständlicherweise versuchen immer mehr Menschen, sich abseits dieser sozialdemokratischen Bevormundungen (leistbare) Wohnmöglichkeiten zu schaffen. Baugruppen boomen und auch die Idee des Mietshäusersyndikats ist in Wien inzwischen (fast) Praxis geworden.

Doch werden weder neue Mittelschichts- Wohlfühlorte noch selbstverwaltete Hausprojekt-Inseln den Bedarf an gutem Wohnraum für alle in Wien tatsächlich abdecken können (oder wollen?). Auch wenn wir uns schon auf die ersten Häuser im kollektiven Eigentum freuen, so bleiben diese letztendlich in ihrer Reichweite begrenzt und durch ihre Organisationsform für viele schwer zugänglich.

Vor diesem Hintergrund wäre es wichtig, den Gemeindebau nicht länger nur als Ziel von Stadtspaziergängen zum Roten Wien oder als Problemort bei Wahlergebnissen zu sehen, sondern dieses kommunale Eigentum als relevante stadtpolitische Perspektive (wieder) in den Blick zu nehmen.

Wir als Stadtbewohner_innen sollten uns nicht vorschreiben lassen, wie wir zu leben haben, um den Schlüssel zu einer Gemeindewohnung zu verdienen. Denn letztendlich gehört dieser Wohnraum der Stadt, und die Stadt sind bekanntlich wir alle. Also her mit dem schönen Gemeindebau, nicht nur für Altwiener Kleinfamilien, sondern für alle, die hier sind und noch kommen werden.



//UNTER PALMEN

<https://unterpalmen.blogspot.eu>

Zunächst wollen wir uns bei allen Menschen bedanken, die heute hier sind und bei allen, die mitorganisiert haben. In unserer Rede geht es um die gesellschaftliche Situation in Österreich. Und um die schwierige Frage, was linke Politik für die Befreiung einer solchen Gesellschaft tun kann.

Österreich. Wo soll man da beginnen? Beim allgegenwärtigen Rechtsextremismus, der jedesmal aufs Neue als Einzelfall verklärt wird? Beim Denken, das diese Gesellschaft seit 1945 bestimmt? Bei der offenen Menschenfeindlichkeit, die in Österreich allgegenwärtig ist? Bei der aktuellen Regierung? Eines ist klar: Österreich war schon vor schwarz-blau scheiße. Das österreichische Denken war schon immer: Lieber in Gemeinschaft alles Andere hassen, als ein schönes Leben für alle einzurichten. Und doch stellt die schwarz-blaue Regierung einen qualitativen Unterschied dar: Die offen Deutschnationalen wurden von den Rechtskonservativen mit in die Regierung geholt. Diese rechts-rechtsextreme Koalition verbindet ihre Menschenfeindlichkeit mit einem neoliberalen Wirtschaftsprogramm. Die Volksgemeinschaft wird fit gemacht und die Sozialpartnerschaft wird reformiert. Diese Regierung ist aber nicht plötzlich aufgetaucht und wird auch nicht einfach wieder verschwinden. Sie ist Ausdruck der österreichischen Gesellschaft. Einer Gesellschaft, die sich gar nicht erst von ihren Fesseln befreien will. Sondern wild um sich schlägt und im Elend dieses feindlichen Gegeneinanders versinkt. Linke Positionen bilden in diesem mörderischen Nervenbündel leider eine ganz kleine Minderheit, die wenig auszurichten weiß.

Irgendetwas muss sich in der Linken ändern, darüber sind viele Aktivist_innen einig. Die Frage ist nur: Was genau. Angesichts der Zustände erscheint es dringend, dass sich immer mehr Menschen für eine freie und gerechte Gesellschaft einsetzen. Widerstand zeigen. Doch aktuell ist kein Aufschwung der autonom organisierten Linken in Sicht. Es sind wenige.

Ein Ziel von //UNTER PALMEN ist es deshalb, sich zu öffnen und nachvollziehbar zu werden. Neue Leute für linke Themen begeistern. Sich auf Augenhöhe über entsprechende Theorien und Handlungen austauschen. Zugänglichkeit zur Kritik dieser beschissenen Verhältnisse zu bieten. Auf dem Laufenden halten.

Das ist durchaus ein ungewohnter und schwieriger Prozess. Wir haben nur wenige Antworten auf die vielen Fragen, die sich dabei ergeben. Denn neue Einflüsse und neue Ideen bedeuten, dass alte Codes und Muster nicht mehr funktionieren.

Tradition sollte keine Basis linker Politik sein. Und doch gibt es einiges an Tradition. Mit wem zusammengearbeitet wird. Mit welchen Worten welche Themen bearbeitet werden. Welche Aktivitäten gemeinsam unternommen werden. Welches Aussehen und welche Umgangsformen anerkannt sind.

Welche kulturellen Produkte als cool gelten. Politik und Subkultur können sich gegenseitig inspirieren, aber Politik als reine Subkultur wird keine Besserung bringen.

Keinesfalls wollen wir mit jeder und jedem zu tun haben. Nazis und Patriot_innen auf der Straße müssen nicht mit Verständnis, sondern mit antifaschistischer Politik beantwortet werden. Besorgte Bürger_innen haben nicht eh Recht. Diesen Verständnis entgegenzubringen ist der falsche Weg. Gegen menschenfeindliche Einstellungen muss immer und überall offensiv gekämpft werden.

Auf der ganzen Welt leiden die Menschen unter den kapitalistischen Verhältnissen und allem was sie mit sich bringen. Dieser Zustand ist ungerecht, was wir auf immer neuen Wegen in die Welt hinaus schreien wollen. Und mit denjenigen, die es ähnlich sehen, werden wir reden und uns zusammentun. Daraus ergibt sich eine Art widerständige Bescheidenheit für unsere politische Arbeit. Diese Bescheidenheit ist widersprüchlich: Zum einen wollen wir alles fordern und eine Welt gewinnen. Das klingt fast schon absurd unrealistisch: Konsequenz gegen diese Regierung zu sein, bedeutet dann, auch konsequent gegen dieses Land zu sein. Wir wollen kein besseres Österreich, sondern gar kein Österreich; damit endlich alle ein schönes Leben führen können.

Zum anderen müssen wir bescheiden sein und anerkennen, dass wir ganz am Anfang stehen. Und das schon seit langer Zeit. Wir haben keine zufriedenstellende Antwort auf die Frage, wie unsere Forderungen Realität werden können. Aber wir können weiter voran raven, weiter fragen und vor allem weiter denken. Versuchen neue Formen der Politik zu erarbeiten. Räume & Strukturen schaffen. Und wenn es nur für kurze Zeit ist, dann die Straßen dieser Stadt beschallen und unsere Lebendigkeit auf der Straße feiern. Auch wenn die Zeiten schlecht stehen, die Möglichkeit der befreiten Gesellschaft ist da. Wie erreichen ist ein großes Fragezeichen. Aber den österreichischen Zuständen wollen wir etwas entgegenhalten - es kann keine Versöhnung mit ihnen geben. Auf das Leben! Gegen Österreich & seine Fans – für die befreite Gesellschaft! Heaven should be a place on earth with you. Für die Freiheit der Welt und Straßen aus Zucker.

Nachttanzdemo

31.10.2018

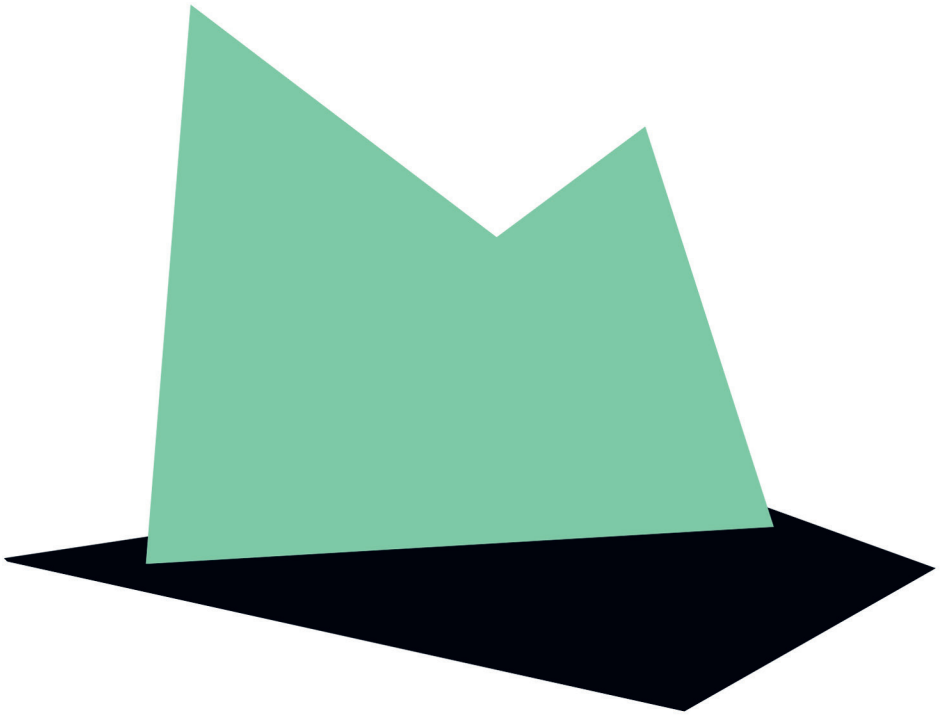
17:00 Yppenplatz

stay tuned

ES IST WIEDER ZEIT AUF DIE STRASSEN ZU GEHEN.
GEGEN DIESE UND JEDE REGIERUNG. WIR FORDERN
BEWEGUNGSFREIHEIT UND BLEIBERECHT FÜR ALLE.
DIE STADT GEHÖRT UNS. DANCEN STATT GRENZEN!

Wiener Kultur Rave
2.11.2018
Alte Wu, Wien

more infos on: nachttanzdemo.jetzt



SYSTEM CHANGE NOT CLIMATE CHANGE

<http://www.systemchangenotclimatechange.org>

System Change, not Climate Change ruft zu Widerstand gegen diese rechts-autoritäre Regierung und ihre katastrophale Klima – und Sozialpolitik auf. Die Pläne und konkreten Reformen von schwarz-blau bedeuten nicht nur ein „Weiter wie bisher“. - sie bedeuten eine Zuspitzung einer sozialen Tragödie, hier in Österreich und global. Sie bedeuten einen enormen Rückschritt für eine notwendige Transformation hin zu einer gerechteren, solidarischeren Gesellschaft, die auch die Einhaltung ökologischer Grenzen respektiert. Die heutige Politik sorgt dafür, dass sich weltweit das Klima weiter aufheizt, Tropenstürme, Dürren und Hochwasser Menschen die Existenzgrundlage entziehen und sich dadurch die globale Schieflage weiter verschärft. Damit steht diese Regierung und ihrer Politik dem Ziel der Klimagerechtigkeit massiv entgegen.

Teile unserer Regierung bezweifeln den menschengemachten Klimawandel, oder schenken einer notwendigen Reduktion der Treibhausgase kaum Beachtung. Bereits verwirklichte und geplante Vorhaben in Sachen Verkehr und Infrastruktur zeichnen ein eindeutiges Bild. Klimaschädliche Großprojekte wie die Dritte Piste und der Lobautunnel sollen in jedem Fall grünes Licht bekommen. Aber wer jetzt in emissionsintensive Infrastrukturprojekte investiert, gießt klimaschädliche Mobilität in Beton. Denn in Österreich ist der Transportsektor der Haupt-Verursacher von Treibhausgasen. Damit das 1,5° Ziel noch erreicht und damit größere soziale und ökologische Katastrophen noch verhindert werden können, muss damit sofort Schluss sein! Deswegen kämpfen wir als System Change not Climate Change gegen den Bau der dritten Piste, genauso wie gegen die geplante Erweiterung der Stadtautobahn und den Lobautunnel.

Wenn wir den Klimawandel aufhalten wollen, brauchen wir eine grundlegende Änderung unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems. Die derzeitige wachstumsorientierte Produktionsweise und stetig zunehmender Konsum heizen das Klima weiter auf. Technologische Innovation wird das Klima nicht retten, die Emissionen von reichen Ländern sinken nur scheinbar, weil die besonders klimaschädlichen Industrien und ihre Emissionen in ärmere Länder ausgelagert werden. Wenn wir den Klimawandel stoppen wollen, müssen wir den Wachstumszwang und damit den Kapitalismus überwinden. Stattdessen brauchen wir regionale und möglichst geschlossene Wirtschaftskreisläufe, mehr und bessere Arbeitsplätze im Bildungs-, Sorge und Service-Bereich und eine Überwindung von Konsum als Statussymbol.

Das Wirtschaftsprogramm von FPÖ und ÖVP redet hingegen von einer sogenannten Stärkung des Wirtschaftsstandortes und Entbürokratisierung. Was sich dahinter verbirgt ist eine Intensivierung des Raubbaus an Mensch und Natur. Steuern für Unternehmen sollen gesenkt, fossile Großprojekte durch Schwächung von Umweltstandards bewilligt und bei Gesundheit, Bildung und Sozialem hingegen massiv gekürzt werden. Die Einführung des 12 Stunden Tages und der 60 Stunden Woche schlagen in die gleiche Kerbe und stellen einen Angriff auf hart erkämpfte Arbeitsstandards dar. Derweil lassen Geschwindigkeitserhöhungen auf Autobahnen, einen zusätzlichen Staatsziel Wirtschaft in der österreichischen Verfassung, das Bekenntnis zum Ausbau von Flugverkehr und Autobahnen den Klimaschutz in Österreich und Klimagerechtigkeit weltweit in weite Ferne rücken. Um deutlich zu machen, dass es ein weiter so wie bisher nicht geben kann, rufen wir euch dazu auf, euch unseren Protesten gegen diese menschen- und umweltfeindliche Klimapolitik der österreichischen Regierung anzuschließen und Teil des vielfältigen Kampfes für Klimagerechtigkeit zu werden.

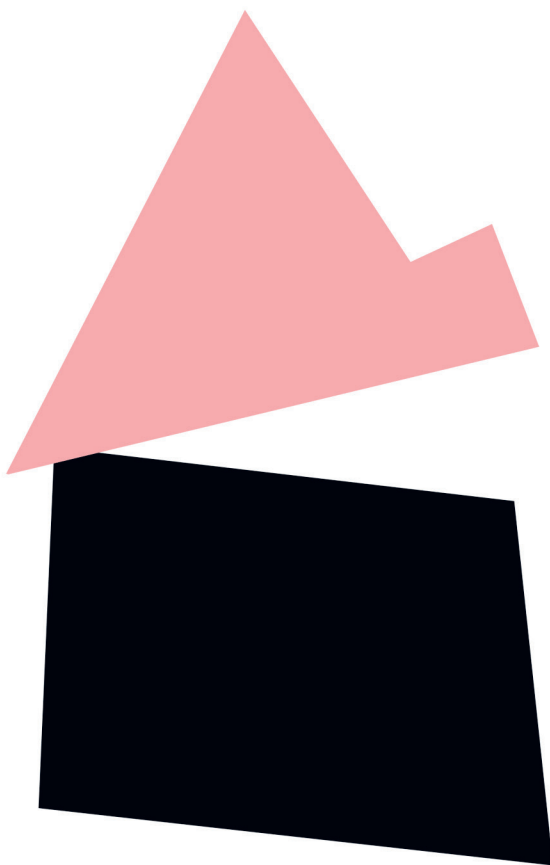


Burn bankers
not fossil fuels!

System Change not Climate Change!

not bankers

Diesel 130¢
Super 85 136¢
V-Power 155¢
V-Power Diesel 149¢



SCHLOR

<https://schlor.org>

EINE KURZE GESCHICHTE DES WOHNENS UND DES MÖGLICHEN

Das Wohnen – da kommt man nicht drum herum. Auch wenn mensch sich dies immer schwerer leisten kann. Warum ist das eigentlich so?

Wer wohnen will, der_die hat den Immo-Teil der Zeitung aufzuschlagen und Angebote zu sondieren, welche für den Großteil der Menschen unleistbar sind. Sich vorzustellen, dass dies anders ablaufen kann, wirkt für die Meisten utopisch. Und genau das streben wir an, eine Utopie im Wohnbereich zu verwirklichen. Immer mehr Menschen konkurrieren um (leistbaren) Wohnraum und so muss mensch mittlerweile auch „qualifiziert“ fürs Wohnen sein, sprich das nötige Kleingeld mitbringen und einer gutverdienenden Arbeit nachgehen, damit auch sichergestellt ist, dass man sich die teure Wohnung auch auf Dauer leisten kann. Neben diesen Anforderungen spielen auch immer mehr die Faktoren Herkunft, Geschlecht, gewünschte Wohnform und mehr mit. All jene, welche sich das eben nicht leisten können bzw. nicht ins gewünschte Bild passen, haben damals wie heute zu schauen wo sie bleiben. Für diese wird der Raum knapp – und das trifft vor allem in den Städten zu.

Diese und andere Probleme im Wohnungssektor sind einerseits auf neoliberale Prozesse zurückzuführen als auch ein veränderter Umgang vonseiten der staatlichen bzw. städtischen Institutionen. Internationale Investor_innen am Wohnungsmarkt nehmen zu. Häufig werden gerade die billigen Wohnungsbestände an neue Eigentümer_innen(gruppen) weiterverkauft und Finanzmarktakteur_innen wie Banken, Investmentgesellschaften und Finanzdienstleister haben mehr und mehr direkte Macht über die Wohnungsmärkte, sprich sind selbst im Besitz von Immobilien oder kaufen sich in diesem Markt ein. Die Verstrickung von internationalen Investor_innen und lokalem Wohnungsmarkt alleine, könnte hier schon genug Grund zur Besorgnis sein. Was jedoch noch bedenklicher in diesem Kontext erscheint, ist das Faktum, dass den neuen Wohnungseigentümer_innen, Wohnungen nur mehr als Anlagen dienen und diese somit rein der Logik des Profits unterworfen sind. Sprich, diese müssen gewinnbringend sein, sonst lohnt sich die Investition nicht. Der Interessenkonflikt zwischen Bewohner_innen und jenen, die Wohnungen zur Verfügung stellen, könnte größer nicht sein. Während die eine Seite institutionell vernetzt ist und über wesentliche ökonomische, fachliche und politische Ressourcen verfügt, ist die gemeinsame Artikulation von Interessen der Bewohner_innen erheblich schwieriger.

Neben den beschriebenen Prozessen hat sich auch die staatliche Ausrichtung zum Wohnthema geändert. Vor allem in Wien ist dies sehr spürbar geworden. Von einer ehemaligen (schöngeredeten) Vorreiterinnenrolle im Wohnthema hin zu einem neoliberalen Konzept. Vom Roten Wien zur Entstehung der Gemeindebauten bis hin zum geförderten Wohnbau hat sich einiges verändert. Die Stadt wird nicht mehr sozialstaatlich verwaltet, sondern betriebswirtschaftlich gemanagt und privatwirtschaftliche und staatliche Ziele scheinen zu verschmelzen. Mit dem sozialen Wohnbau wird mehr die Wirtschaft gefördert als dass Bewohner_innen etwas davon haben und so wirken die befristeten Mietobergrenzen im geförderten Wohnbau eher wie eine Zwischennutzungsoption als ein Weg aus der Misere. Staatliche Förderungen im Wohnungssektor gehen im Endeffekt in die Taschen der Eigentümer_innen. So wird ein Markt gespeist, welcher nur durch staatliche Intervention überlebensfähig ist, sowie Eigentümer_innen und nicht die einkommensschwachen Mieter_innen gefördert. Profitorientierte Immobilienunternehmen kaufen sich hier ein, bzw. bauen auf Stadtflächen und sichern sich hiermit langjährige Nutzungsrechte. Die Stadt Wien behält sich somit noch eine Kontrollfunktion bereit, wobei fraglich ist wie lange sie so noch agieren und nicht nur mehr reagieren kann.

Das alte städtische Konzept der Gemeindebauten ist eben ein Programm für die Mitte und orientiert sich an der konservativen Vorstellung der Kleinfamilie. Was es nie war, ist der Anspruch hiermit marginalisierte oder prekäre Bevölkerungsgruppen zu unterstützen. Doch nur gemeinsam mit den Marginalisierten wird sich etwas erreichen lassen, wenn eben die Verlierer_innen des gegenwärtigen Systems eingebunden werden. Baugruppen werden in dieser Hinsicht oftmals als Alternative zum bestehenden System angesehen, jedoch sind diese meist exklusiver Natur, gehören zur intellektuellen Elite, lassen sich leicht vereinnahmen und werden somit zum Lifestyle.

Steuerung des Wohnens durch die Stadt bedeutet immer auch Steuerung der Bevölkerung. Durch die neue Regierung sind zusätzliche Verteuerungen v.a. bei den Altbaumieten und im sozialen Wohnbau eingeplant und auch zu erwarten. Obwohl doch die Mietpreise in ganz Europa explodieren. Spekulationen am Immobilienmarkt sind eines der Hauptgründe hierfür und eine staatliches Programm, welches diese Prozesse noch zu fördern scheint um eben eine wettbewerbsfähige Stadt zu bleiben.

Unproblematisch scheint hingegen die Tatsache des leerstehens und verfallen lassens von Häusern. Dass andere auf der Straße oder im Park leben

müssen – und auch dort vertrieben werden – ist weniger relevant. Dass wieder andere allzu viel mit Leerständen anzufangen wüssten und hier auch ein enormes ungenütztes Potential verloren geht, auch.

HabiTaT

Auch wenn sich die Problematik rund um das Wohnthema immer mehr zuspitzt, ist dies dennoch nichts Neues. Wohl auch aus dieser Misere heraus, haben sich Personen aus der Hausbesetzer_innenszene vor 25 Jahren in Deutschland eine Struktur überlegt, die es ermöglicht, Häuser langfristig dem spekulativen Immobilienmarkt zu entziehen und sich somit unabhängig von der Willkür von Entscheidungsträger_innen zu machen. Durch ein ausgeklügeltes Rechtskonstrukt und eine sozial tragbare Finanzierung, schaffte es das deutsche Mietshäusersyndikat mittlerweile über 130 Häuser dem Markt zu entziehen und Räume zu schaffen, an denen mensch zu leistbaren Preisen, selbstverwaltet und langfristig leben kann.

Vor vier Jahren wurde das Konstrukt von Aktivist_innen in den österreichischen Rechtsraum übertragen und das habiTaT als Dachverband gegründet. Ziel von habiTAT ist es, selbstverwaltete und solidarische Hausprojektinitiativen und konkrete Projekte zu realisieren und zu unterstützen. Selbstverwaltet bedeutet, dass sich die Bewohner_innen in einem Haus selbst organisieren und Personen, welche Profit aus dem Grundrecht auf Wohnen schlagen, wegfallen. Somit wird der Wohn- und Lebensraum der Aktivist_innen selbst gestaltet. Der Schwerpunkt der Solidarität zeigt sich in der Grundstruktur bei der Realisierung der Hausprojekte. Hier soll jeder Person – fernab von sozialen Status und Eigenkapital – eine gleichberechtigte Teilhabe, (Mitbestimmungs-) möglichkeiten und Rechte gegeben werden. Somit soll ein selbstverwaltetes und solidarisches Hauskollektiv soziale Ungleichheiten ausbalancieren ohne dabei Hierarchien entstehen zu lassen. In weiterer übergeordneter Folge werden dabei – durch rechtliche Einschränkungen und das Weggfallen von Eigentum – Immobilien langfristig dem Markt und der Spekulation entzogen.

Die ersten zwei Hausprojekte wurden bereits realisiert: zum einen das Willy*Fred in Linz und zum anderen die autonome Wohnfabrik in Salzburg. Die Linzer Willy*Fredas haben mit der Gründung des HabiTaT und dem Freikauf des ersten Hauses in Österreich wichtige Vorarbeit für alle zukünftigen Projekte geleistet. Mit der Autonomen Wohnfabrik ist in Salzburg nicht nur leistbarer Wohnraum, sondern mit dem kollektiv betriebenen Beisl auch ein

selbstorganisierter Kulturraum geschaffen worden, was beides in Salzburg dringend benötigt wird. HabiTaT will aber nicht nur die Vergesellschaftung von Eigentum bei urbanen Räumen vorantreiben, sondern entwickelt auch gerade ein Modell für den Freikauf von Höfen, wie dem Wieserhoisl, die nun auch Mitglied vom HabiTaT geworden sind.

SchloR

„Die weltweit herrschende und zunehmende Unzufriedenheit wird einen Punkt erreichen, an dem wir alle dazu gedrängt werden, die Projekte durchzuführen, zu denen wir die Mittel besitzen, und die zur Verwirklichung eines reicheren und erfüllteren Lebens beitragen können.“ (Situationistische Internationale)

Wien braucht mehr linke [Kultur]Räume, welche dauerhaft, unkommerziell und leistbar sind!

SchloR steht nun, neben Bikes and Rails, dem ersten Neubauprojekts des HabiTats, in Wien kurz vor der Realisierung. Neben Wohnraum für ca. 15 Personen soll in Simmering auch Platz für Seminarräume, Ateliers, Werkstätten, Proberäume und eine Großküche sein. Desweiteren bietet eine Mehrzweckhalle Platz für Trainings aller Art und die Möglichkeit der kulturellen Nutzung. SchloR steht in engem Kontakt zur freien Zirkusszene, mit welcher wir dort ein dauerhaftes Zentrum für Sub- und Gegenkultur errichten möchten. Die Räumlichkeiten sollen der Öffentlichkeit weitgehend zugänglich sein und die Nutzung durch diverse Gruppen und Einzelpersonen ist definiertes Ziel von SchloR.

In Zeiten wie diesen ist es wichtig, dass linke Räume unabhängig von der politischen Landschaft bestehen und sich entwickeln können. Das Areal soll ein Ort der Vernetzung, des Austauschs und des leistbaren Raumnutzens sein. Damit dies alles möglich wird, braucht es euch. Soll heißen, wir wollen lieber 1000 Freund_innen im Rücken als eine Bank im Nacken. Wie ihr uns konkret unterstützen könnt erfahrt ihr online.

Schöner Leben ohne Rendite! Miethaie zu Fischstäbchen!

<https://schlor.org>

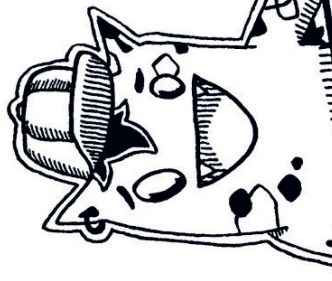
<https://habitat.servus.at/willy-fred>

<https://autonome-wohnfabrik.at>

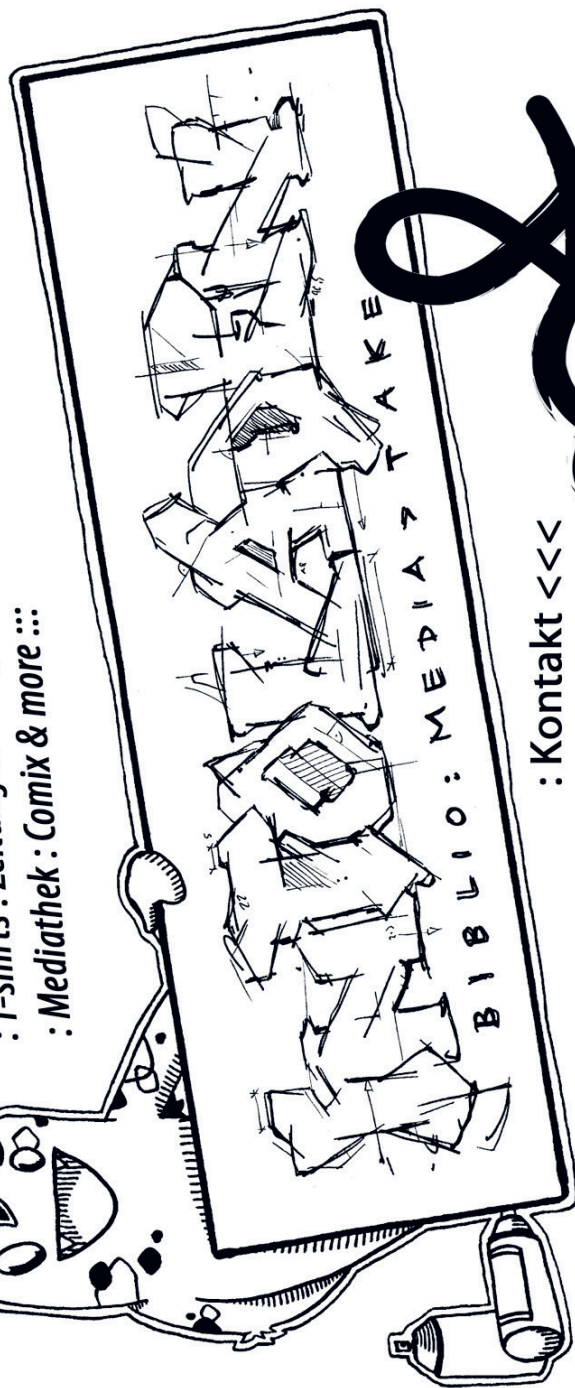
<https://www.bikesandrails.org/wp/>

<https://habitat.servus.at>

*mobile - contact us for festivals / workshops & because we are awesome!
unterwegs zu finden*



: Zines : Bücher : Sticker : Poster : Patches :
: T-shirts : Zeitungen : Magazine : Infozeugs :
: Mediathek : Comix & more ...



by phunky, phatt & phresh

: Kontakt <<<

mail us: bibliomediatake@riseup.net

>>> <http://infoladen.kukuma.org>



NACHTTANZDEMO

<https://nachttanzdemo.jetzt>

Plenumpunkt 5 – Folder

*W**: Wie wollen wir den Folder eigentlich beginnen, wir brauchen eine Einleitung. Ich dachte, wir könnten so eine Art Interview mit Fragen machen, warum wir das eigentlich machen. Was meint ihr?

*R**: Ja gute Idee, lass es uns als letzten Plenumpunkt machen, dann können wir das am Schluss noch bequatschen, wenn Zeit ist.

21:06 Uhr – das Plenum war lang und alle wollen heim.

*W**: Wir sollten noch das Interview machen.

Viele: Boah, jetzt noch, ist es nicht genug für heute?

W und R* arbeiten am Laptop.*

*P**: Warum macht ihr das eigentlich hier?

*A**: Widerstand!

*S**: Lebenswertere Gesellschaft!

*A**: Weil man denen, die wenig haben, das Leben noch schwerer macht, indem die Sozialleistungen gekürzt werden. Und der scheiß Rechtsruck. Menschen aufrütteln und motivieren, gemeinsam was gegen die Verhältnisse zu machen.

*S**: Miteinander Probleme lösen und nicht gegen einander Probleme erzeugen.

*A**: Jo des is guad, des schreib ma eini!

*V**: Weil i sunst nix tua, und weil si sunst nix tuat. Weil i oabeitslos bin und das Gefühl hab, dass ich was tuan muss gegen die Regierung – so konns net weida gehen.

*D**: Es ist eine starke Ausdrucksform. Und die Demokultur in Wien is in letzter Zeit zum Speiben. Die Leute resignieren. Es gibt genug kritische Themen, wo was dagegen zu machen wär und keiner was tut. Es is Zeit selbst aktiv zu werden, auch wenss andere als den Tropfen am heißen Stein bezeichnen würden, aber ich sehs als Ausweg aus der eigenen Ohnmacht. Die Verhältnisse sind spürbar schlimmer geworden.

*V**: Und auch sichtbar schlimmer - Polizei überall!

*W**: Kollektiv den öffentlichen Raum aneignen, es braucht unterschiedliche Formen des Ausdrucks – Soundpolitik! Es agieren verschiedenen Kollektive und Gruppen gemeinsam, es geht nicht um Identitäres einer politischen Gruppe zu vermitteln – es wurden verschiedene Zugänge gewählt, um zu zeigen, dass wir alle nicht zufrieden sind. Wir brauchen keine Parteien, um uns politisch zu engagieren – es geht um selbstorganisiertes politisches Agieren.

*P**: Und was wollt ihr vermitteln?

*A**(die gerade mit dem Scooter durch den Raum fährt) ruft: Riot! Widerstand! Tu ma uns zoman, gemeinsam gegen Regierung, gegen Neonazis, gegen Kickl, gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse, die schon als normal gelten. Alleine rennst eh nur gegen a Wond.

*S**: Für Menschenrechte – gegen rechte Menschen! Hab ich auf an Demoplatz gesehn – aber das triffts ganz gut.

*D**: Perspektiven aus der Misere, andere Lebenswirklichkeiten, als die, die Politik vorgibt.

*W**: Politik von unten, selbstorganisiert geht und ist wichtig. Eine andere Stadt ist möglich und es braucht Erfahrungen des Selbstverwalteten – alles ist selbstverwaltet möglich – sei es ein Krankenhaus, ein Club oder ein Wohnprojekt die Demo kann dazu einen Input geben. Außerdem soll die Demo aufzeigen, was aktuell in der Politik abgeht – wir sind gegen die aktuellen politischen Verhältnisse – Patriarchat, Kapitalismus, Faschismus – also die Gesamtscheiße!

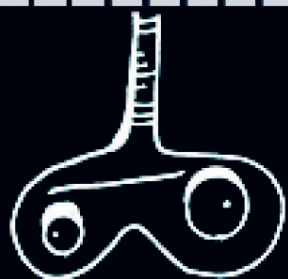
*P**: Und wie solls weiter gehen? Was sind die Aussichten?

*D**: Die Aussichten sind nicht rosig, aber es ist wichtig, die Menschen aus der Shock-Starre aufzuwecken. Und es soll weitergehen mit weniger Kontrolle und ohne Polizei.

*A**: Links, Links, Links! Andere anstecken aktiv zu werden!

*D**: Weitermachen wie bisher, wir ham ja nie aufgehört. Besser und gemeinsam!

*W**: Anregen, dass sich mehr Leute selbstorganisiert zusammen tun, Widerstand gegen schwarz-blau und dezentrales agieren fördern. Für eine tanzvolle und lustvolle Gesellschaft!



NACHT TANZ DEMO



* * * * *

31.10.2018

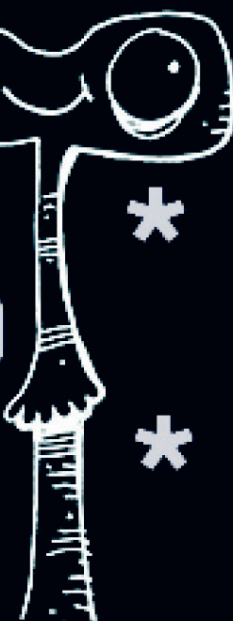


* * * * *

START: 17:00

* * * * *

WIEN. YPPENPLATZ.





EPICENTER.WORKS

<https://epicenter.works/>

DAS ÜBERWACHUNGSPAKET

Am 20. April 2018 wurde das Überwachungspaket trotz massiven Widerstands aus der Zivilbevölkerung und scharfer Kritik der Opposition im Nationalrat beschlossen. Was ist alles Teil davon?

Bundestrojaner

Ab April 2020 wird die Polizei verschlüsselte Nachrichten mittels staatlicher Spionagesoftware überwachen können. Höchst bedenklich ist, dass die Sicherheitsbehörden in Computersysteme jeder Person und jedes Vereins einbrechen können, von denen sie annehmen, dass diese mit Verdächtigen kommunizieren, nicht nur in Geräte von den Verdächtigen selbst. Die Ferninstallation eines Bundestrojaners über sogenanntes „remote hacking“ ist ebenfalls vorgesehen. Um eine solche Ferninfektion durchzuführen, muss die Überwachungssoftware Sicherheitslücken in den gängigsten Betriebssystemen verwenden, womit die gesamte IT-Sicherheit massiv gefährdet wird.

Verstärkte Videoüberwachung

Die Polizei bekommt Zugriff auf die Video- und Tonüberwachung aller öffentlichen und privaten Einrichtungen, denen ein öffentlicher Versorgungsauftrag zukommt. Damit gibt es eine zentrale, staatliche Kontrolle aller öffentlichen Plätze und des dortigen Lebens. Für den Zugriff auf diese Daten braucht es keinen konkreten Verdacht, als Begründung reicht die Vorbeugung wahrscheinlicher Angriffe. Die Sicherheitsbehörden können mittels eines einfachen Bescheids eine vierwöchige Vorratsdatenspeicherung der gesamten Videoüberwachung eines Anbieters verlangen.

IMSI-Catcher

Auch der Einsatz von IMSI-Catchern für die Überwachung von Mobiltelefonie wurde ausgeweitet. Diese Geräte verhalten sich gegenüber dem Mobiltelefon wie eine Funkzelle. So ist es möglich, Handys ohne Mitwirkung des jeweiligen Netzbetreibers zu lokalisieren. Mit diesen Geräten können zwar tatsächlich auch Gesprächsinhalte abgehört werden, dafür fehlt aber weiterhin die Rechtsgrundlage.

Straßenüberwachung

Künftig kann auch auf allen österreichischen Straßen von jedem Auto der Lenker/die Lenkerin des Fahrzeugs, das Kennzeichen, Marke, Typ und Farbe, etc. erfasst werden. Die von den Sicherheitsbehörden selbst ermittelten

Daten können in Verdachtsfällen bis zu 5 Jahre gespeichert werden und auch ohne Verdacht ist eine Speicherung von bis zu zwei Wochen möglich. Eine anlasslose und verdachtsunabhängige Speicherung der Kennzeichendaten aller Fahrzeuge ist eine Form der Massenüberwachung und steht im Widerspruch zur Rechtsprechung des EuGHs. In Österreich wurde die verdachtsunabhängige, anlasslose Massenüberwachung 2014 vom Verfassungsgerichtshof wegen Grundrechtswidrigkeit annulliert; aufgrund eines Verfahrens, das der AKVorrat (so der frühere Name unseres Vereins) angestrebt hat.

Vorratsdatenspeicherung 2.0

Die Vorratsdatenspeicherung wird durch die Hintertür wieder eingeführt. Nun soll bei einem Anlassverdacht auf Anordnung der Staatsanwaltschaft ein Telekombetreiber Daten über Standort und Telefonverbindungen bis zu einem Jahr speichern müssen, ohne Einschränkung auf verdächtige Personen, auf einen Zeitraum oder bestimmte Orte.

Registrierung von Prepaid-SIM-Karten

Anonyme Prepaid-Karten gehören bald der Vergangenheit an. Jeder Kauf einer SIM-Karte muss nun mit einer persönlichen Registrierung einhergehen. Damit wird eine weitere Möglichkeit abgeschafft, unbeobachtet zu kommunizieren. Es gibt aber keine Belege dafür, dass die Registrierung von SIM-Karten zu einer verbesserten Verbrechensaufklärung führt. Mexiko hat das Verbot anonymer SIM-Karten sogar wieder abgeschafft, da die Verbrechensrate sogar stieg und es nur zu einem Schwarzmarkt für SIM-Karten führte.

Beschränkung des Briefgeheimnisses

Auch das Briefgeheimnis wird mit dem Überwachungspaket beschränkt, mit der Begründung, dass immer mehr Drogen im Darknet verkauft werden. Dies gefährdet eine bedeutende Errungenschaft, die nach der Überwindung des metternichschen Überwachungsstaats erkämpft wurde.

Der spendenfinanzierte Verein epicenter.works setzt sich für die Stärkung der Grundrechte im digitalen Zeitalter, für Datenschutz und gegen Überwachung ein.



frauen*solidarität

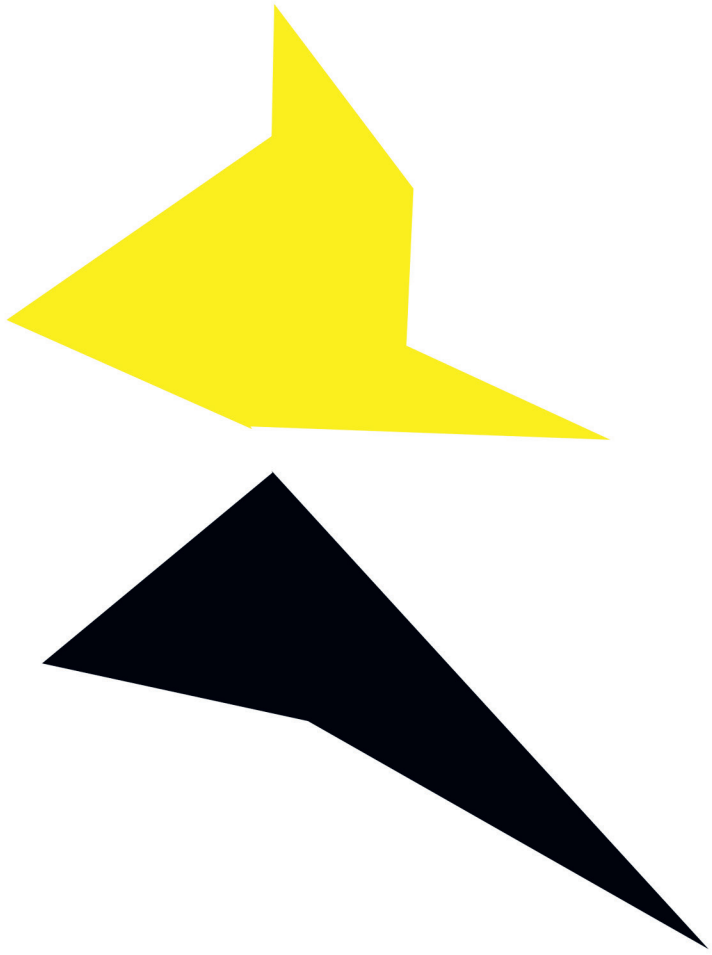
Förderung gestrichen!

Juni 2018: Das Frauenministerium streicht nach jahrzehntelanger durchgängiger Unterstützung die Förderung für die Zeitschrift.

Solidarisieren Sie sich mit uns...

...in Form

einer Mitgliedschaft: office@frauensolidaritaet.org, eines **Soli-Abos** zu 50 Euro:
abo@frauensolidaritaet.org, einer **Spende**: IBAN AT40 1420 0200 1094 3729, BIC EASYATW1



DESERTEURS- UND FLÜCHTLINGSBERATUNG

<https://deserteursberatung.at/>

Wir, die Deserteurs- und Flüchtlingsberatung, kurz Dessi, bieten seit über 25 Jahren kostenlose Rechtsberatung für alle Personen, die sich im Asylverfahren befinden oder mit fremdenpolizeirechtlichen Angelegenheiten konfrontiert sind. Über 20 ehrenamtliche Personen, unterscheiden dabei nicht, ob die Person einen Aufenthaltsstatus hat oder nicht. Jeder Mensch hat einen Anspruch auf eine tatsächlich unabhängige Rechtsberatung.

Die Regierung spricht von Innovationen in der “Zuwanderungspolitik”. Tatsächlich stehen die jüngsten Gesetzesnovellen im Zeichen von Abschottung, Diskriminierung und Unmenschlichkeit. Teile davon sind nicht nur verfassungswidrig, sondern auch menschenverachtend und zynisch. Österreich hat sich in den vergangenen 25 Jahren größte Mühe gegeben, die Rechte im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention und der Menschenrechtskonvention auf das Mindestmaß zu reduzieren. Seit jeher wird die Einreise und der Aufenthalt von Menschen in und nach Österreich kontrolliert. Seit 27 Jahren wird äußerst restriktiv geprüft, ob Menschen verfolgt werden und Schutz regelmäßig verweigert. Seit 13 Jahren sind negative Asylbescheide mit der Anordnung verbunden, das Land zu verlassen. Eben solange erhalten Asylwerber*innen Leistungen, die nicht einmal die Hälfte des Existenzminimums ausmachen. Aktuell werden Personen im Asylverfahren von NGO´s, die nur teilweise vom Staat finanziert werden, beraten und vertreten. Dieses Recht ist mit der Einführung einer rein staatlichen Rechtsberatungsagentur vom Innenministerium ab 2020 in Gefahr. Eine nicht unabhängige Rechtsberatung sorgt wie zahlreiche andere Verschärfungen, wie die Wohnsitzauflage, die Gebietsbeschränkung, die bereits eingeleiteten Aberkennungsverfahren von Asyl und subsidiärem Schutz, für eine systematische Abschottung der betroffenen Personen. Die Willkür und das politische Kalkül der Rechtspraxis ist dabei enorm zynisch und leider keine Ausnahme, sondern die Regel. Abschiebungen nach Afghanistan sind seit mehr als einem Jahr in Österreich möglich, andere EU-Länder beurteilen die Lage aber anders und schieben nicht nach Afghanistan ab. Also was hat sich tatsächlich geändert? Die Lage in Afghanistan oder in Österreich?

Diese Politik des Rassismus und der Ausgrenzung ist in Österreich nichts Neues. Deshalb ist und bleiben auch wir, die Dessi kämpferisch. Wir beraten betroffene Menschen klar parteiisch. Wir vertreten die Vorstellung einer grenzenlosen Welt, in der alle Menschen ihren Wohnort selber wählen können. Wir kämpfen gegen Abschiebung, gegen Grenzen, gegen Nationalismus, gegen Sexismus und gegen Rassismus! Für eine solidarische Welt!



ANTIFA 15

<https://antifa15.noblogs.org>
<https://www.radikale-linke.at>

NORMALISIERUNG DES RECHTSEXTREMISMUS ZU AUTORITÄREN ENTWICKLUNGEN IN ÖSTERREICH UND EUROPA

Antifa 15, Teil der Plattform Radikale Linke

„Sie müssen sich vorstellen, das was ich heute sage, ist vor 3 Jahren noch als rechts oder rechtsradikal bezeichnet worden.“

So äußerte sich Sebastian Kurz am 19.9.2018, dem Abend vor dem EU Gipfel der Staats- und Regierungschef_innen in Salzburg im September 2018. Bei diesem Gipfel wurde sowohl die Sicherung der europäischen Außengrenzen als auch Maßnahmen für soziale Kontrolle und Überwachung thematisiert. Was Kurz und Co zum Besten geben ist aber nach wie vor rechts bis rechts-extrem. Was sich verändert hat, ist die Wahrnehmung aufgrund einer Normalisierung rechtsextremer Inhalte. Dass es in der Gesellschaft auf immer weniger Widerspruch stößt, ist ein Anzeichen für eine zunehmend autoritäre und menschenfeindliche Einstellung breiter Teile der Gesellschaft.

Seit Dezember 2017 ist in Österreich eine rechtkonservative bis rechtsextreme Regierung an der Macht, die die nationalistische Hetze und den Klassenkampf von Oben weiter auf die Spitze treibt. Das zutiefst reaktionäre Programm aus neoliberaler Disziplinierung zur Verwertbarkeit, Einschränkung des Zugangs zu Sozialleistungen, autoritärem „Law and Order“, nationalistischer Abschottung und massiver Entrechtung von Nicht-Staatsangehörigen erfährt große Zustimmung vieler Menschen in Österreich und ganz Europa.

Die Normalisierung des Rechtsextremismus in Österreich und vielen weiteren Ländern Europas schlägt sich nicht nur in Wahlergebnissen nieder, sondern tritt in zahlreichen Debatten zutage und zeigt sich auch an gemeinsamen Auftritten von rechtsextremen Abgeordneten und Neonazis auf Demonstrationen, wie diesen Sommer in Chemnitz, gemeinsamen Publikationen und vielen weiteren Überschneidungen. Ein drastisches Beispiel für die Empathielosigkeit und Verrohung ist der Diskurs über Seenotrettung. Es werden Personen kriminalisiert, die – aufgrund (bewussten) staatlichen Versagens - Menschenleben retten. Anstatt Menschen die sichere Einreise nach Europa zu gewähren, bringt man wissentlich ihr Leben in Gefahr und verhindert dann sogar noch die mögliche Rettung. Perfider geht es fast nicht mehr. Rechtsextremes Gedankengut beruht auf einem Anti-Egalitarismus – das heißt, dass von einer grundsätzlichen Verschiedenheit und damit gekoppelter Wertigkeit von Menschen ausgegangen wird. Die Zeitungsartikel, die über die glückliche Rettung einer Touristin im Mittelmeer berichten und

sich fast zeitgleich die Frage stellen, ob Seenotrettung von Geflüchteten legitim sei, spiegeln diese Haltung sehr klar wider.

Auch in der Umsetzung dieser Ziele ist die ideologische Ausrichtung immer klarer ersichtlich. Um zu verhindern, dass Menschen nach Europa kommen, ist man zu so einigem bereit. Die Rede ist jetzt von „Anlandeplattformen“ und anderen Möglichkeiten, Menschen, die vor Vertreibung, Krieg, Hunger oder fehlenden Zukunftsperspektiven fliehen, daran zu hindern, auch nur einen Fuß auf europäischen Boden zu setzen. Diese Verbarrikadierung der europäischen Grenzen beruht auf der Zusammenarbeit mit faschistoiden Regimen wie der Türkei oder Rackets in Libyen und produziert massives Elend und Gewalt gegen Menschen auf der Flucht.

Bei der Normalisierung von autoritären und rassistischen Positionen geht es aber nicht nur um eine Abschottung nach außen und die Abwertung von Menschen, die nicht dem nationalen Kollektiv zugeordnet werden. Insgesamt wird ein harter Kurs angesetzt. Von Armut Betroffene werden kriminalisiert und verdrängt, Arbeitslose und Schlechtverdienende noch weiter präkarisiert und diszipliniert. Das heteronormative Geschlechterbild zieht insbesondere für Frauen* weitere Verschlechterungen mit sich. Gewalt gegen Frauen* wird verharmlost, es sei denn sie kann rassistisch aufgeladen werden. Maßnahmen zur Flexibilisierung am Arbeitsmarkt und restriktivere Sozialgesetzgebung treffen Frauen* härter. Errungenschaften feministischer und LGBTIQA Aktivist*innen müssen heute wieder gegen ihre Einschränkung verteidigt werden und weitere Verbesserungen für die Betroffenen sind nicht zu erwarten.

Dieser alltägliche Wahnsinn wird von bürgerlichen Medien interessiert diskutiert und kommentiert. Doch bereits der kleinste Hauch von Kritik ist der Regierung zu viel: Wie die neue Medienstrategie des Innenministeriums unter Kickl zeigt, sollen Medien am besten direkt die Regierungslinie wiedergeben – sonst soll ihnen der Zugang zu Informationen entzogen werden.

Die autoritäre Politik und die breite Zustimmung dazu kommen nicht von irgendwo und sind nicht abgetrennt von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu sehen. Kapitalistische Widersprüche werden nicht aufgelöst, es wird lediglich anti-emanzipatorisch auf sie reagiert. Es geht klar in eine Richtung der Verfestigung und Verschärfung von Klassenunterschieden, Heteronormativität und nationalistischem Ausschluss. Diesem Elend gilt es eine radikale Solidarität entgegenzustellen. Gegen Ausbeutung, gegen Abschottung, gegen Kapital und Nation!

JOIN NTD!

PARTICIPATE!

GET READY!

SPREAD OUT!

...IF I CAN'T DANCE

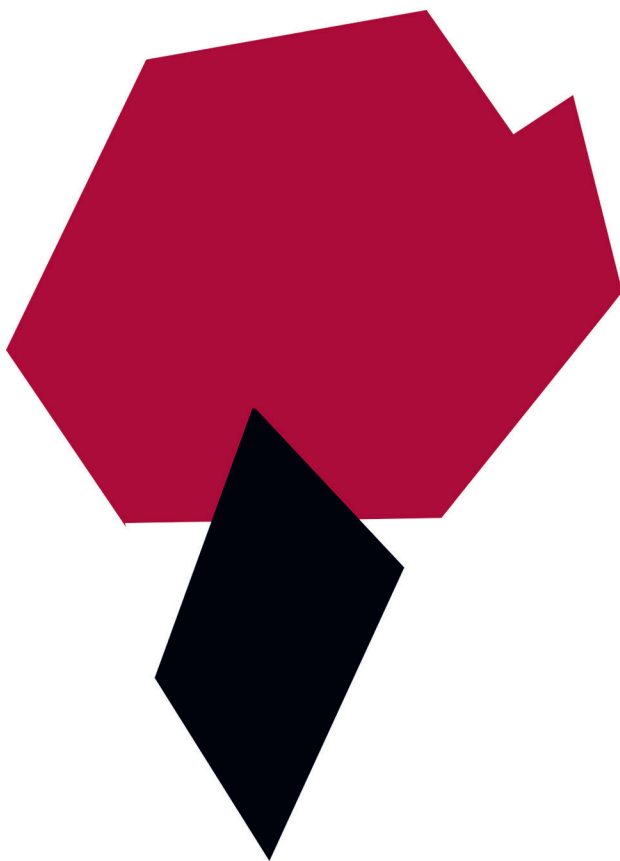


...MY REVOLUTION...

IT'S NOT...

STAY TUNED:

NACHTTANZDEMO.JETZT



AN.SCHLÄGE

<https://www.anschlaege.at>

Ein Kommentar der an.schläge-Redaktion

Hier 5000, dort 10.000 Euro: Was die Regierung bei feministischen Organisationen eingespart hat, fällt im wahrsten Sinne des Wortes unter die Kategorie politisches Kleingeld. Insgesamt wurde das Förderbudget des Frauenministeriums um 179.000 Euro gekürzt, 2019 werden noch einmal 230.000 Euro gestrichen. Nur zum Vergleich: Für Polizeipferde gibt FP-Innenminister Kickl in diesem Jahr rund 400.000 Euro aus, rund 250.000 Euro dürfte die Steuerzahler*innen jüngst Außenministerin Kneissls Hochzeitstanz mit Wladimir Putin gekostet haben. Nur: Bei (linken!) Feministinnen kürzen, das kommt bei der türkis-blauen Wähler*innenschaft gut an.

Bei Frauen wird bekanntlich gerne zuallererst gespart. Beim türkis-blauen Männerbund, der das Thema Frauen im Regierungsprogramm auf zweieinhalb Seiten abhandelt, ist das erwartungsgemäß nicht anders. Dass besonders bei Frauenorganisationen eingespart wird, gräbt überdies den ideologischen Feindinnen das Wasser ab. So kann das eigene reaktionäre Familien- und Frauenbild unbehelligter verbreitet und der gesellschaftliche Diskurs nach rechts verschoben werden. Das sind mitnichten Sparzwänge: Das ist das bewährte und wohlerprobte politische Kalkül rechter Regierungen, wie es sich aktuell etwa auch in Ungarn zeigt, wo man die Gender Studies an den Unis vom Lehrplan streichen will.

Frauenministerin Juliane Bogner-Strauß hat eine andere Erklärung dafür parat: Sie will Frauenorganisationen künftig nach deren Leistung beurteilen, für Lesekreise und „getanzten Protest“ (womit sie die erfolgreiche globale Kundgebung „One Billion Rising“ meint) stehe kein Geld zur Verfügung, ätzte sie im Ö1-Interview und brachte damit die politische Verächtlichmachung feministischen Engagements auf ein neues Niveau. Die Liste der betroffenen Organisationen ist lang: Der österreichische Frauenring, die Frauenhetz, das Stichwort-Archiv, der Klagsverband, One Billion Rising Austria, die Zeitschrift „Frauensolidarität“, AEP Innsbruck, das Filmfestival Tricky Women, die geschichtswissenschaftliche Zeitschrift „L’Homme“, der Verein AÖF, die österreichische Berg- und Kleinbäuer_innen-Vereinigung – ihnen allen wurden Fördergelder gekürzt oder sogar gänzlich gestrichen. Und da wären natürlich die an.schläge. 23.000 Euro haben wir bisher jährlich vom Frauenministerium erhalten, künftig gehen wir leer aus.

Ähnlich geht es anderen Frauenorganisationen, die wie wir erst im Juli (!) den Förderbescheid vom Ministerium bekommen haben und nun nach neuen

Möglichkeiten der Finanzierung suchen. Aus wenig viel machen: Darin sind Feministinnen – zwangsläufig – immer schon gut gewesen. Die Förderkürzungen müssen dennoch als Anschlag auf die Frauenbewegung in Österreich verstanden werden. In den vielen Organisationen wird seit Jahrzehnten wichtige Denk- und Bildungsarbeit gegen genau jene menschenverachtende Ideologie geleistet, die nun hier in Österreich, aber im Zuge des globalen Rechtsrucks auch in so vielen anderen Ländern wieder salonfähig wird. Dagegen schreiben – oder eben: tanzen – Feministinnen an, dagegen entwickeln und archivieren sie alternative Ideen und Konzepte, leisten Aufklärungsarbeit, vernetzen Frauen* und unterstützen Diskriminierungsopfer. „Wenn so etwas wegbricht, ist diese Denkarbeit für Gleichberechtigung bedroht, und ohne die bleiben wir stehen“, so formulierte es die feministische Politikwissenschaftlerin Birgit Sauer im „dieStandard“-Interview.

Gleichstellungs- und frauenpolitischer Stillstand ist in Österreich kein neues Phänomen: Zumindest in Sachen Lohngleichheit, Vermögensverteilung und Kinderbetreuung treten wir seit Jahren auf der Stelle. Die aktuelle Regierung will nun aber den Rückwärtsgang einlegen: schleichender Sozialabbau – der Frauen immer am härtesten trifft –, Zwölf-Stunden-Tag, ein Familienbonus, von dem vor allem Wohlhabende profitieren – ganz zu schweigen von der unerträglich rassistischen Rhetorik, die den politischen Diskurs mehr als je zuvor in der Zweiten Republik prägt. Als linke, als feministische und antirassistische Projekte haben wir angesichts dessen nur eine Wahl: die radikale Opposition.

<https://nachttanzdemo.jetzt>

NACHT TANZ DEMO

31.10.18 / 17UHR
YPPENPLATZ

GEGEN DIE VORHERRSCHENDEN
VERHÄLTNISSE

FÜR EIN GUTES LEBEN JETZT UND
FÜR ALLE

<https://wkr.wien>

WIENER KULTUR

02.11.18 / 19UHR
ALTE WU / AUG. 2-6

RAVE



ALLES ALLEN

<https://www.allesallen.info>

es wird kein Moment kommen, in dem die sogenannte Mehrheit von der Revolution überzeugt ist
bevor sie passiert.
es wird überhaupt kein Moment kommen.
dieser Moment ist genau so gut wie jeder andere
JETZT.

Liebe Teile!

unsere geforderte Autonomie
hat mir der Vereinzelung, die die Gesamtscheisserei
KAPITALISMUS PATRIARCHAT NATION
uns aufzwingt, nichts zu tun.
DO WHAT THOU WILL
heisst keineswegs, dass wir zwischen verschiedenen Sorten Konfitüre oder
verschiedenen Parteien eine Wahl treffen sollen
oder dass wir vierzig Stunden die Woche arbeiten gehen sollen, um uns
dann zwei Wochen Urlaub zu leisten
oder ein neues Outfit
mit dessen Kauf wir uns ausdrücken
DRÜCKT EUCH AUS MIT DEM WAS IHR SAGT UND TUT
STATT MIT DEM WAS IHR KAUF
und jedes Wochenende ein bisschen Rausch und darin die Grenzen anderer
Menschen überschreiten
indem wir prügeln, beschimpfen, vergewaltigen?
das ist keine Freiheit
sondern sie haben uns da, wo sie uns haben wollten:
ungefährlich
denn wir greifen unsere Freunde an
unsere (Leidens)Genossinnen
alle, die so sind wie wir
und somit uns selbst.

der erlaubte Rausch.
einmal die Woche
idealerweise an sogenannten Wochenenden oder Feiertagen
wie christlich ist das denn, bitte?
alle Energien loslassen, alles,
was sonst nicht rausgeht:
ungehemmte Liebe, Bewegung

EIN SPIEL AUS DER WELT

aber eben.

das ist konzentriert auf eine definierte Zeit.

damit wir im obengennanten europäischen Kastensystem bleiben

im Raster aus Freizeit und Arbeit statt Freiheit,

in der Wahl statt in der Tat,

damit wir den Rausch nicht leben, damit wir uns nicht das Leben nehmen.

ICH NEHME MIR DAS LEBEN

denn gegeben, das habe ich gelernt

wird es mir nicht.

der Rausch, den ich meine, der alles transzendiert

lässt sich an so einem Wochenende nicht finden.

ja, Drogen helfen.

ja, Schlaflosigkeit auch

und natürlich Musik

RAVEZAUBER

der gemeinte Rausch hat viel mit diesem Gefühl zu tun

das du hast, wenn du auf einem Festival bist und Teil

einer Crew, die was reisst

zB eine Awarenessschicht

und nicht „nur Gast“

wenn du jederzeit entscheiden kannst, tätig zu sein

oder zu hängen

weil du einen Andockpunkt hast für deine Energie.

Selbständigkeit heisst:

ich bin ganz doll 1teil

weil ich ganz mit mir und meinem Tun bin

und mit den anderen Teilen

denen ich mich zugehörig fühle

und die mir genug Raum lassen

und denen ich genug Raum lasse

ZUR ENTFALTUNG AUS DEM ORIGAMI DER HERRSCHAFT

So rave on. Lasst den Rausch der Solidarität den Anfang unseres neuen Lebens sein.



UNSEREN BRASS DEN HÖHNT IHR HABEN

BMF

BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN

WIENER KULTUR RAVE
2.11 ALTE WU WIEN

NAZIS AUS DER HOHBURG WERFEN

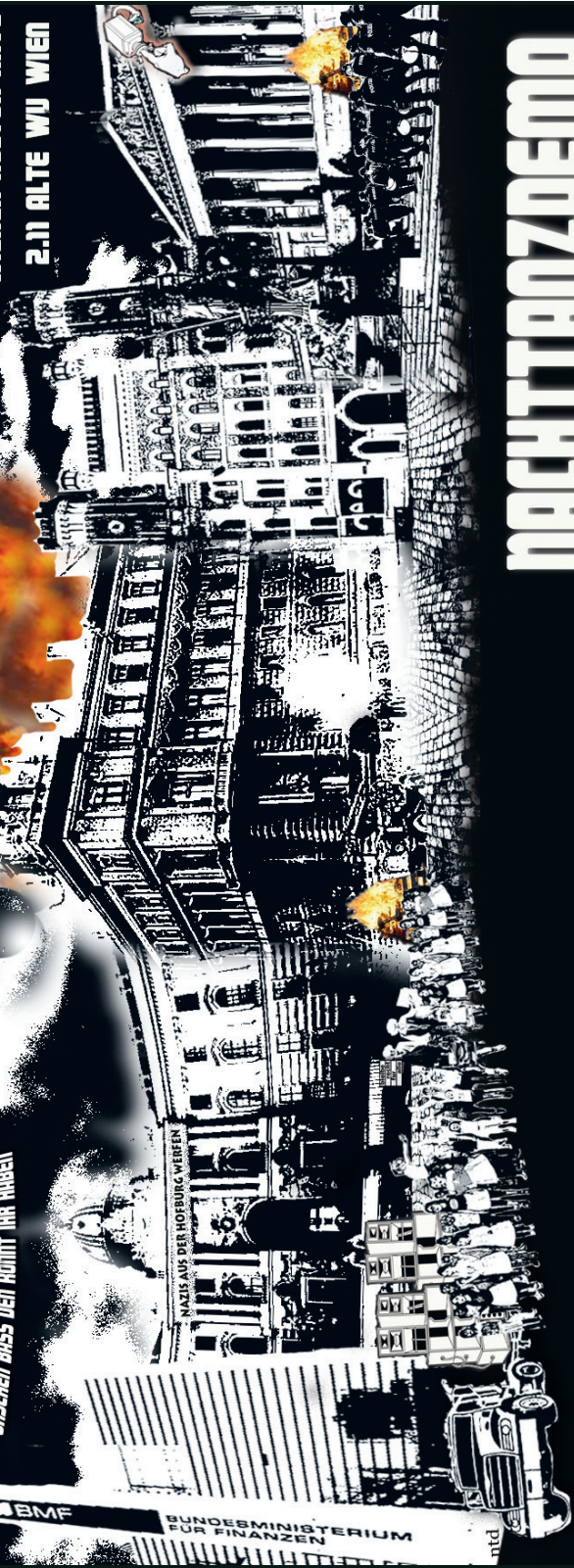
ES IST ZEIT WIEDER AUF DIE STRASSE ZU GEHEN.
GEGEN DIESE UND JEDE REGIERUNG. WIR FORDERN
BEWEGUNGSFREIHEIT UND BLEIBERECHT FÜR ALLE.
DIE STADT GEHÖRT UNS. DANCEN STATT GRENZEN!

NACHTTANZDEMO

31.10.2018 WIEN

17:00 YPPENPLATZ

MORE INFO ON: NACHTTANZDEMO.JETZT





ALL CATS
ARE BASTARDS

HILFE, DIE PFERDE KOMMEN BLAULICHTMILIEU UND UNSICHERHEITSBEHÖRDEN

Die Polizei, dein Freund und Helfer... oder eben Marionette des Staates und der (rechten) Politik. Es muss mit Erschrecken festgestellt werden, dass sich mit der neuen Regierung doch schnell etwas in puncto Polizeipräsenz und -auftritt geändert hat. Diese gefühlte Rückendeckung für die Kiwara und innen ist für alle spürbar geworden, am meisten natürlich für den Teil der Gesellschaft, welcher am wenigsten Mittel, bzw. am wenigsten Sprachrohr besitzt. Dort, wo eben seit je her am liebsten hingetreten wird... nach unten.

Dass der Polizeiberuf etwas sein sollte, wo professionell, neutral, wertungsfrei und überparteilich gehandelt werden sollte, steht wahrscheinlich so im Polizeilehrbuch. Was vermittelt wird, über das kann man nur Vermutungen anstellen. Was Polizisten wählen, weiß man aber schon lange. Wie das alles zusammenpasst, frage nicht...

Somit sieht man schon länger und in letzter Zeit wohl vermehrt Kiwara und innen, welche nicht gern gesehene Nutzer_innen des öffentlichen Raums beanstanden wo es nur geht. Diverse Maßnahmen wurden hierfür wohl schon getroffen, wie das Alkoholverbot am Praterstern. Gibts nichts wichtigeres? Nichts wichtigeres als vermeidliche ausländische Personen zu kontrollieren und zu schikanieren? Nichts wichtigeres als Bettler_innen das Leben noch schwerer zu machen?

Aber auch für weniger marginalisierte Personen hat sich die Situation spürbar verändert. Gibts nichts wichtigeres wie vermeidliche Drogenlenker_innen den Führer_innenschein zu entziehen und deren Handlungsraum massiv einzuschränken, weil diese 1 Woche vorher einen Joint geraucht haben? Nichts wichtigeres als Schwerpunktkontrollen für Fahrradfahrer_innen mit Alko-Tests und Radarpistolen. Nichts wichtigeres als Großrazzien in der Wiener Klublandschaft?

Habt ihr nichts besseres zu tun? Anscheinend nicht, was ja eigentlich ein gutes Zeichen wäre. Diese und alle anderen Städte sollen nicht Disney-World werden, wo das „schöne, saubere und legale“ Leben performt und überwacht wird. Wir wollen kunterbunte Straßen und Diversität in der Stadt, wo es an jeder Ecke etwas Neues zu entdecken gibt. Wir fürchten weder das Fremde, noch den Ausbruch aus den gewohnten Strukturen. Was gerade noch fehlt, sind Robocops, welche dir den Döner aus der Hand reißen, wo du gerade mit der U6 fährst.

Deswegen seit ihr also bei der Polizei? Na dann, gute Nacht! Und wenn mensch demonstrieren geht, dann zeigt ihr gerne, was ihr alles im Repertoire habt und wie die Machtverhältnisse ausschauen. Gewaltmonopol wirkt. Und dass das noch besser wirkt, kündigte die Regierung an, bis 2021 mehr als 4000 neue Polizist_innen aufnehmen zu wollen, da man wohl gemerkt hat, dass es zu wenige Beamt_innen für diese ganzen „Reinigungsarbeiten“ gibt. Die Stadt und die Straßen werden sauber gemacht und dafür wird fleißig rekrutiert. Ob bei Formel-1-Rennen, Maturareisen oder in der rechten Medienlandschaft. Hier ist jedes Mittel recht(s) und Budget gibts ja genug und so werden hunderttausende Euro für die Rekrutierung von betrunkenen Maturant_innen oder rechten Verschwörungstheoretikern ausgegeben. Für diese Fokusgruppen muss man natürlich die Anforderungen der Aufnahmetests ordentlich runterschrauben, doch Hauptsache irgendjemand macht den Scheiß! Na dann, Prost Mahlzeit!

Für die schon ausgebildeten Polizist_innen bedeutet das erweiterte Einsatzspektrum, Urlaubssperren so wie bis zu 100 Überstunden und mehr pro Monat. Das erklärt wohl auch das vermehrt unprofessionelle Verhalten der Einsatzkräfte. Sind ja auch nur Menschen... Menschen, welchen dann auch nicht so viel passiert, wenn ihnen mal Eine auskommt. Die habens ja auch wirklich nicht leicht und so kam es von ca. 500 Misshandlungsvorwürfen gegen Beamten im vorletzten Jahr nur in 18 Fällen zu Strafanträgen oder Anklagen. Ermitteln tun sie ja selber in diesen Anbelangen, also wen wundert? In diesem Kontext wundert es wohl kaum, dass die Polizei aus einem Gewaltschutzprojekt ausgestiegen ist, wo sich bisher die Behörden mit Opferschutzeinrichtungen ausgetauscht haben. So verkündete das Innenministerium, dass für die Polizei „kein Mehrwert“ erkennbar sei.

Hingegen dazu war wohl bei der Hausdurchsuchung des BVTs ein Mehrwert zu erkennen. So sind beispielsweise Daten der rechten Szene mit Verbindungen zur FPÖ, als auch Dokumente inklusive Liste an verdeckten Ermittlern, sowie Angaben zu Ermittlungen über die Neonazi-Szene von der Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Straßenkriminalität mitgenommen worden. Warum die EGS das eigentlich macht ist doch egal, hat sie doch sonst einen sehr guten Ruf.

Um den eigenen Ruf noch weiter zu verbessern wurde auch dieses Jahr wieder ein Twitter-Marathon der Polizei veranstaltet und u.a. Kund getan, das die Kommunikation mit „kritischen Medien“ auf „das nötigste Maß zu beschränken“ sei. Dann kommts wohl zu weniger Missverständnissen und

so ähnlich fiel auch die offiziell Begründung für dieses Statement aus: Eine eben sehr einseitige und negative Berichterstattung gewisser Medien. Nur die „braven“ Medien sollen in Zukunft Zuckerln erhalten. Da sind wir froh, dass einseitige Berichterstattungen von der Polizei wohl nicht zu erwarten sind.

Und tierlieb sind die Polizist_innen bekanntlich ja auch noch. Wir haben ja schon die Hundestaffeln auf Demos vermehrt ins Herz geschlossen. Die deutschen Schäferhunde, welche die Polizisten 1a unter Kontrolle haben und es wirklich, wirklich gewinnbringend scheint, diese einzusetzen. Ein Lob mal dafür! Die Tierliebe hört da aber noch lange nicht auf und ganz Wien freut sich auf die berittene Polizei. Natürlich in braun schwarz, passend zur Regierungslinie. Scheint aber auch nicht so leicht zu sein, linientreue Warmblüter zu finden. Da wird man dann wohl auch hier die Anforderungen runterschrauben.

Wir wollen leben wie und wo wir wollen! Und wenn wir schon flüchten müssen, dann nicht auch noch im Ankunftsland schikaniert und unter Generalverdacht gestellt werden! Wir wollen keine rassistischen Kontrollen! Weder hier noch nirgendwo! Wir wollen nicht Betteln, aber dürfen, müssen wir!

Wir wollen am Praterstern Bier trinken und im öffentlichen Raum von euch in Ruhe gelassen werden! Wir wollen berauscht feiern, wie und wo wir wollen! Wir wollen im Straßenverkehr – ob auf zwei oder vier Rädern – teilnehmen und nicht von euch schikaniert werden!

Wir wollen die Freiheit und ihr beschützt die Knetschaft! Niemand muss Bulle oder Bullin sein! Reih dich in die Demo ein!

Mi.31.OKT.

**Party zur Finanzierung von anarchistischen
Publikationen & Gegeninformation**

SHARPEN YOUR FRINGE [marseille | queerpunk]

JENNY FROM THE OSTBLOCK [gradec | rap]

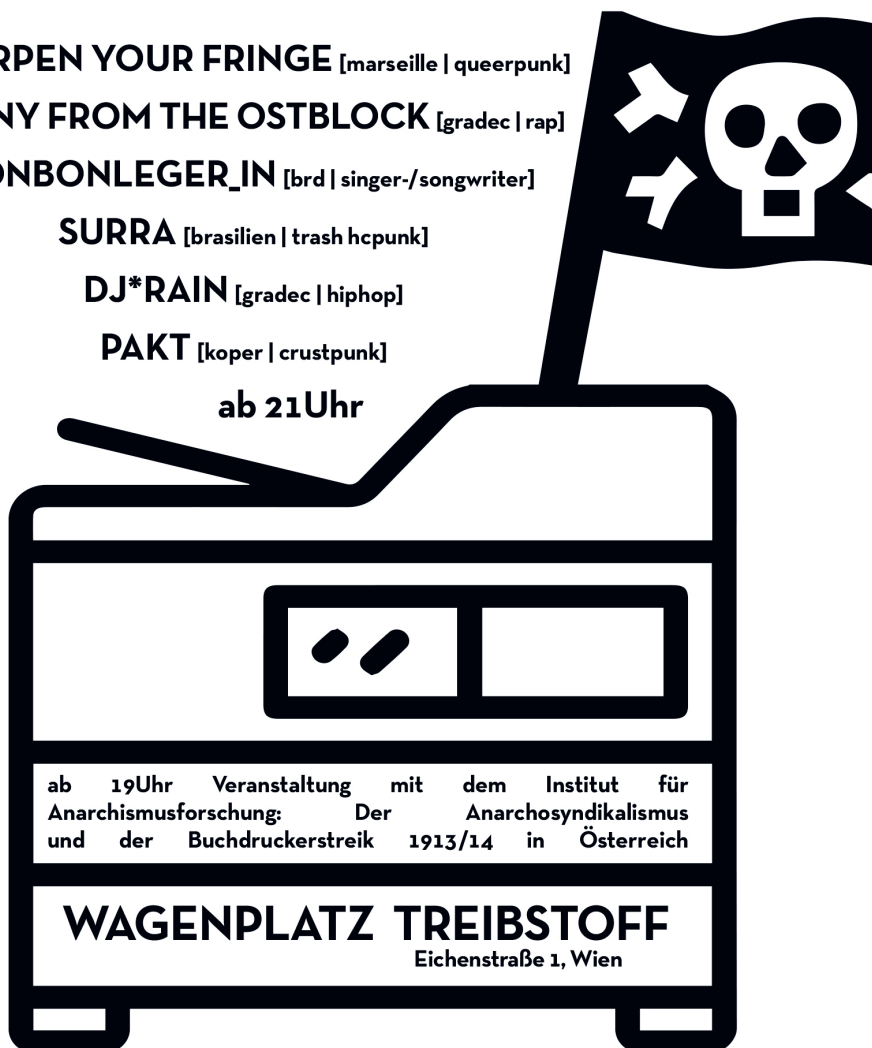
BONBONLEGER_IN [brd | singer-/songwriter]

SURRA [brasilien | trash hcpunk]

DJ*RAIN [gradec | hiphop]

PAKT [koper | crustpunk]

ab 21Uhr



ab 19Uhr Veranstaltung mit dem Institut für
Anarchismusforschung: Der Anarchosyndikalismus
und der Buchdruckerstreik 1913/14 in Österreich

WAGENPLATZ TREIBSTOFF

Eichenstraße 1, Wien

Wir machen eine Party um finanzielle Mittel zu sammeln. Das Geld wird für anarchistische Projekte gebraucht, die Bücher, Zeitschriften, Plakate, Broschüren und andere Materialien zur Gegeninformation und Vermittlung antiautoritärer, subversiver und anarchistischer Ideen in nicht kommerzieller Absicht herstellen.

Der Staat und das kapitalistische Spektakel produzieren jeden Tag eine Unmenge an Informationen die uns zu gewissen Handlungen und Verhaltensweisen erziehen, oder uns von gewissen herrschaftlichen Standpunkten überzeugen sollen. Gegeninformation bedeutet für uns, dieser Verdummung und Befriedung etwas entgegenzusetzen. Aus diesem Grund halten wir es für überaus wichtig, selbst zu beobachten, zu denken, zu schreiben, unsere Gedanken über diese Welt aufs Papier zu bringen und zu veröffentlichen. Um diese Gedanken anderen Ausgebeuteten zugänglich zu machen. Um unsere Überlegungen mit anderen zu teilen, die Kompliz*innen sind, oder in Zukunft zu welchen werden könnten, im Kampf gegen die Autorität.

Eigene Strukturen aufzubauen um nicht von kommerziellen Unternehmen abhängig zu sein, sehen wir als einen Anspruch, der uns die letzten Jahre kontinuierlich begleitet hat. Leider finanzieren sich diese Projekte aber nicht von selbst. Viele von uns sind es gewohnt ihre Kohle, die sie mit einer Lohnarbeit verdienen, am Arbeits- oder Sozialamt abzocken oder anderweitig aufstellen, in diese Projekte zu stecken. Doch leider sind auch diesen Quellen oft Grenzen gesetzt. Deshalb laden wir euch ein, zur Party zu kommen und uns zu unterstützen, damit wir die Finanzierung dieser Materialien und der Strukturen die wir versuchen aufzubauen nicht alleine tragen müssen.

„DER HASS GEGEN DIE HERRSCHAFT, DIE LIEBE ZUR VOLLSTEN UNBESCHRÄNKTESTEN FREIHEIT! DAS SIND DIE BEIDEN POLE, UM WELCHE SICH DIE WAHRHAFT REVOLUTIONÄRE PROPAGANDA DREHEN MUSS [...] ZUM RÜCKSICHTSLOSEN KAMPFE GEGEN DIE TYRANNEI, GEGEN DAS PRIVATEIGENTUM, GEGEN DEREN TRÄGER UND SCHERGEN AUFZUMUNTERN UND ZU BEGEISTERN; DIE VOLLSTE INDIVIDUELLE AUTONOMIE UND SELBSTSTÄNDIGKEIT ZUR HÖCHSTMÖGLICHEN ENTFALTUNG ZU BRINGEN; DAS IST ES, WAS WIR UNTER REVOLUTIONÄRER PROPAGANDA VERSTEHEN.“

„REVOLUTIONÄRE PROPAGANDA“ IN: DIE AUTONOMIE. ANARCHISTISCH-COMMUNISTISCHES ORGAN, 1987

Was bedeutet die neue Regierung für Mieter_innen?

Die neue Regierung arbeitet mit der Immobilienwirtschaft Hand in Hand. Von 13 Forderungen des Österreichischen Verbands der Immobilienwirtschaft (ÖVI) finden sich 10 im Regierungsprogramm wieder. Einen großen Teil ihrer Wahlkampfspenden hat die ÖVP auch von der Immobilienwirtschaft erhalten. So wenig überraschend diese Verbindung ist, so harte Folgen wird diese Politik für Mieter_innen haben. Vier Beispiele:

Das Lagezuschlagsverbot für Gründerzeitbauten soll gekippt werden. In Wien sind immerhin 100 000 Wohnungen vor 1919 gebaut. In Ottakring sind fast 1/3 der Wohnhäuser, in Alsergrund sogar über 2/3 Gründerzeitbauten. Wenn bei Neuvermietungen nun auch dort Lagezuschlag verrechnet werden kann, bedeutet das: Die Mieten können bis zu 60 Prozent steigen.

Der Befristungsabschlag soll abgeschafft werden. Zwei Drittel der Neuvermietungen im privaten Sektor werden nur noch befristet abgeschlossen. Das bedeutet jetzt schon eine große Unsicherheit für Mieter_innen. Bis jetzt gibt es jedoch bei befristeten Verträgen einen Abschlag von 25 Prozent. Fällt dieser, steigt die Miete um 25 Prozent.

Verschärfung der Eintrittsrechte in bestehende Mietverträge. Weniger Weitergabe von Altverträgen bedeutet eine sinkende Anzahl an preiswerten Wohnungen am Markt und damit weiter steigende Mieten.

Gebäude können aus der Mietrechtsregulierung „hinaussaniert“ werden. Im Anschluss an Sanierungen sollen Gebäude bzw. Wohnungen zu Marktpreisen vermietet werden können. Das bedeutet umfassende Mietsteigerungen und schrittweise eine Abschaffung regulierter Mieten.

Fazit: Die Immobilienwirtschaft wird noch mehr Gewinne machen. Die Mieten werden steigen. Mieter_innen werden noch weiter an den Stadtrand verdrängt bzw. ihre Wohnung verlieren. Noch mehr Menschen müssen sich noch weniger Platz teilen. Wir sagen: Nicht mit uns! Wir organisieren uns gegen diese Wohnpolitik, gegen die neue Regierung. In Wien sind über 80 Prozent Mieter_innen. Wenn wir uns zusammentun, wird diese Politik nicht möglich sein!

zwangsraeumungenverhindern.noblogs.org





GEGEN DEN STROM

mit Unterstützung von:



<https://nachttanzdemo.info>
<https://wkr.wien>



